

6. III. 1917

172

6

\* Eingabe des Zweckverbands gegen die Verkehrssteuer. Der Verbandsdirektor des Verbandes Groß-Berlin hat an den Reichstag zu dem Gesetzentwurf über die Verkehrssteuer eine Eingabe gerichtet, in der er namens des Verbandes Groß-Berlin auf einige schwerwiegende Bedenken gegen die geplante Besteuerung hinweist. In der Eingabe wird zunächst die möglicherweise drohende Schmälerung erheblicher Verkehrseinnahmen der Groß-Berliner Gemeinwesen betont, die bei den gegenwärtigen Kriegsaufgaben der Gemeinden besonders schwer empfunden werden müßte. Ferner wird auf die Sonderbelastung der städtischen Bevölkerung hingewiesen, vor allem aber die schwere Gefahr gewürdigt, der das Groß-Berliner Siedlungswesen durch die neue Besteuerung ausgesetzt erscheint. Es wird in der Eingabe daher darum gebeten, die Verkehrsmittel des Groß-Berliner Nahverkehrs, also die Stadt-, Ring- und Vorortbahnen, sowie die Straßen- und Schnellbahnen von der Verkehrssteuer frei zu lassen, mindestens aber die Besteuerung auf die Dauer des Krieges zu beschränken. Eine unterschiedliche Behandlung dieser Verkehrsmittel etwa dergestalt, daß die Straßenbahnen, nicht aber die Stadt-, Ring-

und Vorortbahnen Steuerfreiheit genießen würde, wie es in der Eingabe zum Schluß heißt, für unmöglich zu erachten sein, weil sie zwar einige Gemeinden begünstigen, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zahlreicher anderer Gemeinden des Verbandsgebietes aber aufs stärkste bedrohen würde.